

Wirksame Entwicklung für Armutsbekämpfung

2011



VENRO-Positionspapier zum Vierten High Level Forum on
Aid Effectiveness in Busan

Inhalt

Einleitung – 3

1. Demokratische Eigenverantwortung und innerstaatliche Rechenschaftspflicht stärken – 3

2. Förderliche Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft umsetzen – 4

3. Lieferungen vollständig aufbinden – 4

4. Privatwirtschaft in die Pflicht nehmen – 5

5. Ergebnisorientierung nachhaltig gestalten – 5

6. Transparenzstandards vollständig umsetzen – 6

7. Alle Akteure in den Dialog zur Arbeitsteilung einbeziehen – 6

8. Entwicklungsarchitektur inklusiv gestalten – 7

Schlussbemerkung – 7

VENRO-Mitglieder – 8

Einleitung

Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel, die demographische Entwicklung sowie neue geopolitische Kräfteverhältnisse stellen auch die Entwicklungspolitik vor neue Herausforderungen. Mit der Pariser Erklärung von 2005 und dem Accra Aktionsplan von 2008 haben Vertreterinnen und Vertreter von Geber- und Partnerländern einen Prozess zur Reform der Entwicklungszusammenarbeit vorangebracht, dessen Ziel es ist, wirksamere Beiträge zu Entwicklung und Armutsbekämpfung zu leisten. Zivilgesellschaften und Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden und dem Norden haben sich aktiv in diesen Prozess eingebracht. Sie erreichten in Accra, dass sie als eigenständige Entwicklungsakteure anerkannt wurden und zentrale Bausteine der internationalen Wirksamkeitsagenda nun die Beteiligung der Zivilgesellschaft vorsehen.

Beim Vierten Hocharangigen Forum zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit (HLF4) werden vom 29. November bis zum 1. Dezember 2011 im südkoreanischen Busan bisherige Fortschritte in der Umsetzung der Wirksamkeitsagenda erfasst und neue Schwerpunkte gesetzt. Dabei geht es nicht nur um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Zusammenarbeit, sondern auch um ein neues Paradigma der Entwicklungspolitik. Die bisherigen Prinzipien und Schwerpunkte einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit sehen sich vor dem Hintergrund neuer politischer Konstellationen konfrontiert mit einer wesentlich stärkeren Betonung von Wirtschaftswachstum, kurzfristigen Ergebniserwartungen und einer starken Privatsektororientierung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dem vorliegenden Positionspapier leistet VENRO im Vorfeld des HLF4 einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Diskussion und setzt sich für die klare Ausrichtung des internationalen Dialogs zur Wirksamkeit von Entwicklung an den Zielen von nachhaltiger Entwicklung, Armutsbekämpfung und der Umsetzung der Menschenrechte ein. In Busan muss es darum gehen, die bis dato nicht erreichten Ziele von Paris und Accra zu bestätigen und umzusetzen. Bestehende Ansätze zur Wirksamkeit der EZ sollen verbessert, ein globales Überprüfungssystem aufrechterhalten und neue Wege der Entwicklungsfinanzierung aufgezeigt werden. Prioritäres Ziel muss dabei immer die Armutsbekämpfung sein.

Entscheidend sind dazu aus der Sicht des Verbandes Reformen in den folgenden Bereichen:

1. Demokratische Eigenverantwortung und innerstaatliche Rechenschaftspflicht stärken

Eigenverantwortung ist eines der fünf Kernprinzipien der Pariser Erklärung von 2005 und sieht die Unterstützung und Respektierung der Selbstbestimmung der Partnerländer im Entwicklungsprozess vor. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ist es entscheidend, dass dies unter demokratisch verankerter Beteiligung der Bevölkerung erfolgt. Dies erfordert umfassende Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung in den Empfängerländern durch Parlamente, Rechnungshöfe und die Zivilgesellschaft. Von Geberseite erfordert es Transparenz und den Aufbau von Kapazitäten, damit demokratisch legitimierte Institutionen ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Beteiligungsrechte auch nutzen können. Zentral ist dabei die Förderung innerstaatlicher Rechenschaftspflicht in Empfängerländern. Rechenschaftspflichten bestehen nicht nur gegenüber den Gebern, sondern in erster Linie gegenüber der eigenen Bevölkerung. Dies gilt insbesondere im Kontext programmbasierter Ansätze wie Budgethilfe oder beim Beschaffungswesen. Im Gegensatz zu anderen Gebern fehlt der Bundesregierung zur Förderung dieses zentralen Demokratiebildungsbereichs ein entwicklungspolitisches Konzept.

VENRO fordert:

- Institutionalisierte Mechanismen für eine relevante Beteiligung der Zivilgesellschaft auf nationaler und lokaler Ebene, z. B. in Form von Dialogforen. Voraussetzung dafür sind umfassende, rechtzeitige, nach Geschlecht aufgeschlüsselte und vergleichbare Informationen sowie Entwicklungsabkommen mit Zielgrößen und Indikatoren, an denen sie gemessen werden können.
- Geber sollten gezielt und landesspezifisch in den Kapazitätsaufbau der Zivilgesellschaft investieren, um diese in die Lage zu versetzen, ihre Aufgabe bei der Umsetzung von innerstaatlicher Rechenschaftspflicht für Armutsbekämpfungsprogramme wahrzunehmen. Außerdem sollten Medien, informelle und dezentrale Akteure sowie die Judikative als wichtige Akteure für innerstaatliche Rechenschaftslegung unterstützt werden.
- Die Bundesregierung sollte ein Konzept zur Förderung der demokratischen Rechenschaftslegung erarbeiten und Rechenschaftspflicht zu einem Sektorschwerpunkt erklären, d. h. ihn auch mit entsprechenden Fördermitteln und Kapazitäten ausstatten.

2. Förderliche Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft umsetzen

Im Accra Aktionsplan haben sich die Unterzeichner auf die Schaffung von Rahmenbedingungen verständigt, unter denen zivilgesellschaftliche Organisationen einen größtmöglichen Beitrag zur Entwicklung leisten können. Trotzdem unterliegen insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure, die im Advocacy-Bereich tätig sind, zunehmend administrativen und rechtlichen Beschränkungen, Einschüchterungen und körperlichen Beeinträchtigungen, sie werden sowohl in autoritären als auch in formal demokratischen Staaten stigmatisiert und kriminalisiert. Außerdem werden sie oftmals durch Regierungen und Geber vom entwicklungspolitischen Dialog zur Planung, Umsetzung und Begleitung von Entwicklungsprozessen ausgeschlossen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben sich weltweit im »Open Forum on CSO Development Effectiveness« organisiert und in zwei Weltkonferenzen Prinzipien und Umsetzungskriterien entwickelt, nach denen sie ihre eigene Wirksamkeit im Entwicklungsprozess beurteilen. Von den Gebern und Regierungen verlangen sie die Anerkennung und Nutzung dieses Kriterienrahmens für zivilgesellschaftliche Entwicklungseffektivität auf der Grundlage der »Istanbul-Prinzipien«.

VENRO fordert:

- Geber sollten sich für einen transparenten und rechtlich verbindlichen Handlungsrahmen für zivilgesellschaftliche Entwicklungsarbeit einsetzen, der ihrer Heterogenität und den Istanbul-Prinzipien Rechnung trägt.
- Partnerregierungen werden aufgefordert, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die Freiheit der Tätigkeit ohne staatliche Einmischung, das Recht zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten sowie die Freiheit der Mittelmobilisierung von NRO zu respektieren und zu schützen.
- Partnerregierungen und Geber sollten zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehen in den Dialog über die Prioritäten eines nationalen Entwicklungsplans und die zu seiner Umsetzung zu vereinbarende Arbeitsteiligkeit. Regierungen, bi- und multilaterale Geber, Abgeordnete und der private Sektor sollen Multistakeholder-Dialoge gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Plattformen aktiv gestalten.
- Bei Budgethilfen sollen die Geber sicherstellen, dass die Zivilgesellschaft Zugang zum Haushaltsdialog und die nötigen Kenntnisse zu dessen Umsetzung und Begleitung haben.

3. Lieferungen vollständig aufbinden

Die bisherige Umsetzung der Ziele von Paris und Accra zeigt, dass der Eigenverantwortung von Partnerländern im Entwicklungsprozess nicht genug Bedeutung beigemessen wird: Zwar richten die Geber ihre Politik zunehmend an den allgemeinen nationalen Entwicklungsplanungen der Partnerländer aus. Bei der Abstimmung mit den Regierungen und anderen Gebern ebenso wie bei der Übertragung der Projektdurchführung an Ministerien und Behörden liegt die Umsetzung jedoch deutlich hinter den Zielvorgaben zurück. Ursächlich dafür sind institutionelle Schwächen und Korruption in den Partnerländern, aber auch die Zurückhaltung der Entwicklungspolitik, die institutionelle Stärkung und die innerstaatliche Rechenschaftspflicht in den Partnerländern entschlossen voranzutreiben. Entscheidend ist daher eine umfangreiche Aufhebung der Bindung von Entwicklungshilfe an Lieferungen und Leistungen aus dem Geberland. Diese Lieferaufbindung muss auch technische Beratungsleistungen beinhalten. Entwicklungsländer nehmen zu Recht wichtige Fortschritte ihrer Eigenständigkeit und Entwicklung für sich in Anspruch, wenn sie auch technisch anspruchsvolle Projekte realisieren können. Ziel muss es deshalb weiterhin sein, den gesamten Projektzyklus in die Hand der Partnerländer zu übertragen.

VENRO fordert:

- Deutschland soll sich im Kreise der Geber um die schrittweise vollständige Lieferaufbindung bemühen und dafür werben, diese als fristgebundenes Ziel in das Ergebnisdokument von Busan aufzunehmen. Außerdem sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, die technische Beratung als Teil der OECD-Definition von Lieferbindung zu etablieren.
- Die bundeseigene GIZ soll nicht als Konkurrent landeseigener technischer Beratung auftreten, sondern die Kapazität der eigenständigen Projektdurchführung des Partnerlandes an allen Stellen des Projektzyklus stärken und sichern.
- Bei der Förderung und konzeptionellen Arbeit soll das BMZ der Stärkung von Institutionen in den Bereichen Beschaffungswesen, Zoll, Steuern, Polizei und Justiz, Rechnungsprüfung, Sektorministerien, Finanzministerium, Zentralbank, Parlament und Zivilgesellschaft Priorität einräumen.

4. Privatwirtschaft in die Pflicht nehmen

Nachhaltige Entwicklung mit hohem Beschäftigungsstand, gutem Lebensstandard und sozialer Sicherung für die Bevölkerung ist ohne eine gut funktionierende Wirtschaft nicht möglich. In Busan wird die Rolle des Privatsektors als Entwicklungskatalysator daher eine wichtige Rolle spielen. VENRO sieht jedoch die Gefahr, dass es Interessenskonflikte zwischen der Gewinnorientierung von Unternehmen und ihrer unternehmerischen Sozialverantwortung gibt, die ihre Funktion als »Katalysator« nachhaltiger Entwicklung einschränken. Außerdem besteht Gefahr, dass privatwirtschaftliche Akteure die Geberlandschaft weiter fragmentieren und den Zielen zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit damit entgegenwirken.

VENRO fordert:

- Privatwirtschaftliche Initiativen, denen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, müssen sich daran messen lassen, ob sie die Armut reduzieren. Geber sollten nur dann privatwirtschaftliche Initiativen in Entwicklungsländern fördern oder absichern, wenn sie der Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, fiskalischen und ökologischen Situation in den Empfängerländern dienen und nachweislich zur Armutsbekämpfung und der Umsetzung der Menschenrechte beitragen. Menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Kriterien sowie die Auswirkungen der Initiativen auf Geschlechtergerechtigkeit müssen daher besondere Beachtung finden. Die Beachtung der OECD-Leitsätze für Unternehmensverantwortung und der ILO-Kernarbeitsnormen müssen Voraussetzung für Kooperationen sein.
- Werden Kooperationsverträge mit dem Privatsektor abgeschlossen, ist zu berücksichtigen, dass privatwirtschaftliche Entwicklungsansätze sich immer ergänzend und zusätzlich zur existierenden Entwicklungszusammenarbeit verhalten müssen, staatliche Mittel dürfen privatwirtschaftliche Finanzierungen nicht ersetzen.
- Wo öffentliche Mittel privatwirtschaftliche Initiativen fördern, müssen die Träger sich am nationalen Entwicklungsdialo und an den Vereinbarungen zur Arbeitsteilung beteiligen.

5. Ergebnisorientierung nachhaltig gestalten

Die stärkere Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit an Wirkungen ist ein Beitrag zu Entwicklung und Armutsbekämpfung. Die Paris Deklaration sieht daher als eines von fünf Zielen die Umorientierung der Entwicklungszusammenarbeit von den Projektzielen hin zu den Projektergebnissen vor. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Drucks der Geber, ihre Entwicklungshilfeleistungen gegenüber den Steuerzahlern zu rechtfertigen, nimmt die Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit an messbaren Ergebnissen inzwischen einen prioritären Stellenwert auf der Agenda der Geber ein. Ergebnisorientierung wird dabei aus der Perspektive des Preis-Leistungs-Verhältnisses betrachtet und soll sich durch die ergebnisabhängige Vergabe von Mitteln zunehmend in der Entwicklungsfinanzierung niederschlagen. Die Geber wollen dazu künftig Vereinbarungen für Ergebnisse und Rechenschaftslegung mit den Entwicklungsländern treffen. Auf Seiten der Zivilgesellschaft besteht die Sorge, dass diese Perspektive die Aufmerksamkeit vom politischen Kontext ungleicher Machtverhältnisse als zugrunde liegende Ursache von Armutsstrukturen ablenkt und Entwicklungszusammenarbeit als die Erbringung kosteneffizienter Dienstleistungen versteht. Ausgangspunkt für wirksame Entwicklungszusammenarbeit muss immer der Aufbau nachhaltiger Strukturen sein und nicht die kurzfristige Sichtbarkeit einzelner Maßnahmen. Zudem können Ergebnisvereinbarungen nur dann Bestand haben, wenn sie von den Regierungen der Partnerländer erarbeitet werden und nicht als gebergesteuert wahrgenommen werden.

VENRO fordert:

- Zur Identifikation der zu erreichenden Ergebnisse sollte ein menschenrechtsbasierter Ansatz gewählt werden, der mit messbaren Umsetzungskriterien verbunden werden muss. Damit werden auch länderübergreifende Vergleiche aussagekräftiger.
- Langfristige Entwicklungsvorhaben, die zum nachhaltigen Aufbau von Institutionen, zur Stärkung der Menschenrechte und zum Empowerment benachteiligter Gruppen führen, dürfen nicht aus dem Blick geraten.
- Die ergebnisabhängige Ex Post- Finanzierung kommt nur für Länder in Frage, die bereits über gestärkte Institutionen verfügen und vereinbarte Ziele erreichen können.

6. Transparenzstandards vollständig umsetzen

Transparenz über Mittelflüsse und Vergabemechanismen in der Entwicklungszusammenarbeit ist eine entscheidende Voraussetzung für die demokratische Rechenschaftslegung gegenüber Parlamenten und der Zivilgesellschaft. Erforderlich sind umfassende, zeitnahe, vergleichbare und nach Geschlecht aufgeschlüsselte Informationen, die Bürgerinnen und Bürgern in Geber- und Empfängerländern zugänglich sein müssen. Beim Hochrangigen Forum für Entwicklungszusammenarbeit in Accra wurde daher 2008 die International Aid Transparency Initiative (IATI) ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, Informationen zu Entwicklungszahlungen durch die Geber bereit zu stellen und zugänglich zu machen. Einige IATI-Mitglieder, darunter auch Deutschland, lehnen die Berichterstattung nach dem IATI-Standard mit Verweis auf Kapazitätsengpässe und Kostengründe jedoch ab. Die Evaluierung zur Umsetzung der Paris-Ziele von 2011 zeigt, dass die meisten Geber in der Umsetzung der Verpflichtungen zur Transparenz von Entwicklungszusammenarbeit zurück liegen.

VENRO fordert:

- Die vollständige Umsetzung von Transparenzmechanismen auf der Grundlage der Standards der International Aid Transparency Initiative (IATI). Dazu gehört insbesondere die Bereitstellung regelmäßiger, detaillierter und zeitnaher Informationen zur Höhe und Verwendung von Entwicklungshilfemitteln.
- Den Aufbau von Kapazitäten in Parlamenten, Rechnungshöfen und der Zivilgesellschaft in den Partnerländern, damit diese in die Lage versetzt werden, Mittelflüsse nachzuvollziehen, zu überprüfen und zu verbessern.
- Die verbesserte Vorhersehbarkeit der Zahlungsflüsse der Geber, da diese eng mit der Planbarkeit und damit der Eigenverantwortung von Entwicklungsländern für Entwicklungsprozesse zusammenhängt.

7. Alle Akteure in den Dialog zur Arbeitsteilung einbeziehen

Die Fragmentierung der Geberlandschaft erhöht die Transaktionskosten der Entwicklungszusammenarbeit und hat »Lieblingländer« und »Waisen« der Geber zur Folge. Zur Reduzierung der Fragmentierung haben sich die Geber eine sektorale und regionale Arbeitsteilung zum Ziel gesetzt, um die vorhandenen Mittel sowie technische, beratungsbezogene und operative Kapazitäten dort anzulagern, wo sie optimale Ergebnisse erzielen können. Deutschland hat sich zur Lösung dieses Problems in Vorbereitung der Busan-Konferenz besonders engagiert. Die Entwicklungsländer sehen Entwicklungszusammenarbeit jedoch nicht immer im Kontext von Mittelhöhen oder Effizienz, sondern auch als politische und außenpolitische Unterstützung. Das Problem der Fragmentierung der Hilfe wird ferner durch das Auftreten neuer Geber, wie Philanthropen, Schwellenländer oder Privatsektorfinanzierungen, tendenziell verschärft. Diese verfolgen alle ihre eigenen Ziele, Koordination findet nur in Ausnahmefällen statt.

VENRO fordert:

- Fragmentierung und Arbeitsteilung sind keine technischen Fragen, sondern Fragen der Partnerschaft zwischen Partnerländern und Gebern, die durch Dialog zu lösen sind. Alle Geber sollten sich daher in einen nationalen Dialog über die »Defragmentierung« der Hilfe auf nationaler Ebene einbringen, um die demokratische Eigenständigkeit und Rechnungslegung im Land zu stärken und die Zivilgesellschaft in die Analyse und Prioritätenfindung für die nationalen Pläne einzubinden. Gleichzeitig gilt es, das Prinzip der demokratischen Eigenverantwortung der Partnerländer im Hinblick auf die Sektorenwahl zu respektieren.
- Nationale zivilgesellschaftliche Akteure sind naturgemäß heterogen. Diese Vielfalt bildet auch ihre Stärke. Regierungen und Geber sollten nicht versuchen sie gleichzuschalten bzw. durch länder- und sektorspezifische Fokussierungen die finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen außerhalb regionaler und sektoraler Bereiche zu reduzieren.
- Auch privatwirtschaftliche Träger sollten sich am nationalen Entwicklungsdialo und an der Vereinbarung zur Arbeitsteiligkeit beteiligen, wenn sie durch öffentliche Mittel gefördert bzw. abgesichert werden.

8. Entwicklungsarchitektur inklusiv gestalten

In den vergangenen Jahrzehnten hat das Entwicklungskomitee der OECD die Regeln und Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit bestimmt. Inzwischen ist die Geberlandschaft in der Entwicklungszusammenarbeit deutlich heterogener geworden. Sie beinhaltet inzwischen auch wirtschaftsstarke Schwellenländer, die noch vor wenigen Jahren Empfänger von Hilfsleistungen waren. Mit der G20-Arbeitsgruppe zu Entwicklung entsteht ein neues Entwicklungsregime, dem auch neue Geber wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika angehören, die keine Mitglieder im Entwicklungsausschuss der OECD sind, aber eine wachsende Bedeutung in der globalen Hilfsarchitektur einnehmen. Daher wird in Busan auch über die zukünftige Architektur der Hilfe diskutiert werden. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht ist es entscheidend, eine Entwicklungsarchitektur auf der Grundlage einer inklusiven und partizipativen Organisation mit hohem Effektivitäts- und Legitimitätsgrad und klaren Rechenschaftsmechanismen zu schaffen. Dies sollte unter Einbeziehung des UN-Forums für Entwicklungskooperation erfolgen, das ausreichend Einfluss und politische Unterstützung erhalten muss, um Geber und Partnerländer zur Einhaltung eingegangener Verpflichtungen anzuhalten und die Zivilgesellschaft als eigenständigen Entwicklungspartner am Verhandlungstisch zu beteiligen.

VENRO fordert:

- Das von den Entwicklungsakteuren, allen voran den Ministern, abzustimmende Ergebnisdokument von Busan soll die Working Party on Aid Effectiveness mit der Aufgabe betrauen, die Realisierung der in Busan verabschiedeten Pläne voranzutreiben und zu begleiten.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert inhaltlich und finanziell stärker zur institutionellen Stärkung des UN Forums für Entwicklungskooperation beizutragen.

Schlussbemerkung

Das Vierte Hochrangige Forum zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit bietet die Chance, die Umsetzung der Verpflichtungen von Paris und Accra voranzubringen. Sie kann den Willen der Akteure stärken, Entwicklungsergebnisse zu erzielen, das Engagement des Privatsektors bei Entwicklungsinvestitionen in die richtigen Bahnen zu lenken, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, die Beteiligung der Zivilgesellschaft als gesellschaftlichem Dialogpartner zu verankern und wichtige Schritte zur besseren Koordination von Gebern und Partnerländern zu gehen.

Entscheidend wird sein, dass die internationale Wirksamkeitsagenda mit messbaren, zeitgebundenen und überprüfbaren Verpflichtungen sowie einem unabhängigen Prozess zu ihrer Überprüfung verbunden und durch die Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Parlamenten breit verankert wird. Dafür müssen die Verantwortlichen der bereits im Vorabstimmungsprozess sich abzeichnenden Abschwächung vieler Ziele unter anderem in den Bereichen Beratung und Mitbestimmung, Planung, Transparenz, Lieferbindung, Fragmentierung und Abstimmung entschieden entgegengetreten.

In Busan können nur dann Fortschritte erzielt werden, wenn die Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr als geberdominiert wahrgenommen wird, sondern die Ablegung von Rechenschaft auf Gegenseitigkeit und der Eigenverantwortung aller Entwicklungsakteure beruht. Dies beinhaltet auch die Anerkennung und Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft als Entwicklungsakteur. Die jüngsten Krisen haben dabei deutlich gemacht, dass Entwicklung stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen braucht. Für die Bedeutung der Konferenz von Busan wird entscheidend sein, ob der politische Kontext von Entwicklung und Armut, die Frage der sozialen Gerechtigkeit trotz der gegenwärtigen Wachstums- und Privatsektororientierung im Zentrum der Aufmerksamkeit bleibt. Mehr denn je ist heute von der öffentlichen Entwicklungspolitik zu verlangen, dass sie die Widersprüche zwischen Strukturpolitik und Entwicklungspolitik beim Namen nennt und Partei für die Armen ergreift.

VENRO-Mitglieder (Stand: Oktober 2011)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland*
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge*
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm
- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- FIAN-Deutschland
- Futuro Sí
- Gemeinschaft Sant’ Egidio
- German Toilet Organisation (GTO)
- Germanwatch
- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)
- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika
- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- matterna – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*
- Nationaler Geistiger Rat der Bahá’í in Deutschland
- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland
- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung*
- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany
- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair
- UNO-Flüchtlingshilfe
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 120 Mitglieder

* Gastmitglied

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28 / 946 77-0

Fax: 02 28 / 946 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

AutorInnen: Peter Lanzet (EED), Birgit Dederichs-Bain (Welthungerhilfe),
Merle Bilinski (VENRO)

Redaktion (verantwortlich): Merle Bilinski

Endredaktion: Kirsten Prestin

Foto: Henri-Alain Segalen/laif (Titel)

Satz & Layout: Petra Strauch

Bonn und Berlin, November 2011

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org